

Die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten, ihrer Gewerkschaften sowie anderer werktätiger Schichten der Bevölkerung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist eine Grundvoraussetzung für Freiheit und Demokratie. Ohne entscheidende demokratische Einflußnahme der Werktätigen in Staat und Wirtschaft kann das Verfassungsgebot, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll, nicht seiner Verwirklichung entgegengeführt werden. Die Mitbestimmung der arbeitenden Menschen ist der erste Schritt, um das Selbstbestimmungsrecht aus einer formalen Deklaration zum lebendigen Grundsatz der Volkssouveränität werden zu lassen.

Die Wirklichkeit in der westdeutschen Bundesrepublik zeigt eindeutig, daß dieses Grundrecht nicht nur unerfüllt geblieben ist, sondern daß die gesamte politische und staatliche Entwicklung auf die totale Rechtlosigkeit des arbeitenden Menschen, auf seine völlige Fernhaltung von der Leitung des Staates und der Wirtschaft abzielt.

Die Kluft zwischen der Allmacht des Großkapitals und der Ausschaltung jedes ernsthaften Einflusses der großen Mehrheit der Volkes auf die Grundentscheidungen des gesellschaftlichen Lebens wird immer größer. Die arbeitenden Menschen sind in der wichtigsten Sphäre des gesellschaftlichen Lebens — in der materiellen Produktion — ihres elementaren Rechts der Mitbestimmung beraubt und dem Kommando privater Wirtschaftsmacht unterworfen.

Die seit über 20 Jahren von den Gewerkschaften im Namen von Millionen Arbeitern und Angestellten, die von den Jugend- und Studentenorganisationen im Namen der jungen Generation erhobene Forderung nach Mitbestimmung trifft auf den stärksten Widerstand des staatsmonopolistischen Systems.

Eine kleine Gruppe Monopolgewaltiger, die nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung ausmacht, sichert sich durch immer neue Vollmachten die Macht über 80 Prozent der Bevölkerung, die mit ihrem Fleiß und Können alle materiellen Werte schafft.

Worin zeigt sich das? Die Stilllegung von mehr als 65 Schachanlagen im Ruhrgebiet und die Entlassung von bisher mehr als 235 000 Bergarbeitern wurde von den Konzernen verfügt, ohne daß die Arbeiter und Angestellten der betroffenen Betriebe ihre Meinung und Interessen geltend machen oder auch nur eine rechtzeitige Umschulung durchsetzen konnten. Kein westdeutscher Arbeiter hat die Möglichkeit, auf die Verteilung der riesigen Konzernprofite Einfluß zu nehmen.

Die Spitzen der Wirtschaft und ihrer Unternehmerverbände, des Finanzkapitals und seiner Bonner Regierung, von Abs bis Balke über Benda, Strauß und Schiller, weisen nicht nur die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung entschieden zurück, sondern wollen darüber hinaus die völlig unzureichenden Ansätze einer Mitbestimmung in der Montanindustrie beseitigen. Die von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften erkämpfte Mitbestimmung in den Montanbetrieben wird von den Kräften des Bonner Herrschaftssystems als „Relikt der Nachkriegszeit“ und als „Fremdkörper“ in der Wirtschaft verteufelt.

Der Kampf um die Durchsetzung des Rechts auf Mitbestimmung wird von den Vertretern der Monopole und des Staates als „verfassungsfeindlich“ denunziert, um gegen die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften in ähnlicher Weise wie gegen die demokratischen Willensäußerungen der Jugend und Studenten zu Ostern 1968 Vorgehen zu können.

Durch die Notstandsgesetzgebung wird die Militarisierung des gesamten Arbeitslebens, die Recht- und Einflußlosigkeit der arbeitenden Menschen zum